

Die Parteiorgane lenken die Arbeit der gewählten, staatlichen und gesellschaftlichen Organe und Organisationen auf allen Ebenen (Ziffer 39, 49 c, 64). Auf allen Kongressen, Beratungen und in den wählbaren Organen des Staates und der Massenorganisationen mit mindestens 3 Parteimitgliedern werden Parteigruppen organisiert, deren Aufgabe darin besteht,

»den Einfluß der Partei allseitig zu verstärken, ihre Politik unter den Parteilosen zu vertreten, die Partei- und Staatsdisziplin zu festigen, den Kampf gegen Bürokratismus zu führen und die Befolgung der Partei- und Regierungsdirektiven zu kontrollieren.«

Die Suprematie der Partei hat an der Existenz der anderen Parteien nichts geändert³⁰⁴. Indessen haben diese im Laufe der Zeit durch Änderung ihres Parteiprogramms oder in anderen bindenden Beschlüssen die Führung der SED vorbehaltlos anerkannt. Ihre Aufgabe besteht lediglich darin, bestimmte Kreise der Bevölkerung anzusprechen und im Sinne der SED zu beeinflussen. So sind auch sie wie der FDGB nach seiner Satzung und § 4 des Gesetzbuches der Arbeit vom 12. April 1961³⁰⁵ »Schulen des Sozialismus«.

Die Partei führt also den Staat und organisiert die Gesellschaft. Der Staat ist zum Apparat degradiert. Als Volk wird nur das »werktätige Volk«, das heißt das von der SED geführte Volk, begriffen. Die Volkssouveränität stellt sich in dieser Anschauung als Souveränität der Partei dar. In diesem Sinne wird die formelle Verfassung von der Partei als Inhaber der öffentlichen Gewalt für alle ihr Unterworfenen authentisch interpretiert.

c) Das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht

Sobald der Staatsapparat nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert war und je stärker die Stellung der SED wurde, desto mehr konnte sich die sowjetische Besatzungsmacht weiter von einer offenen Einflußnahme zurückziehen. Am 25. März 1954 erklärte die Sowjetregierung die »DDR« für souverän und wandelte die SKK in eine Hohe Kommission um³⁰⁶. Am 20. September 1955 bestätigten die UdSSR und die »DDR« vertraglich, daß die Beziehungen zwischen ihnen auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung der inneren Angelegenheiten beruhen³⁰⁷. Die Hohe Kommission der UdSSR wurde durch eine Botschaft ersetzt, und die »DDR« entsandte einen Botschafter in die UdSSR³⁰⁸.

Indessen bezogen sich diese Erklärungen lediglich auf das Verhältnis zwischen den Staatsapparaten der UdSSR und der »DDR«, nicht jedoch auf das Verhältnis zwischen den staatstragenden Parteien. Für dieses gilt der Satz des Parteistatuts der SED:

»Die Sozialistische Einheitspartei ist ein fester Bestandteil der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Im Geist des proletarischen Internationalismus festigt sie die brüderliche Verbundenheit mit der KPdSU, der Vorhut der kommunistischen Weltbewegung, und mit allen anderen kommunistischen und Arbeiterparteien.«

³⁰⁴ Einzelheiten bei *Mampel*, aaO., hier S. 54.

³⁰⁵ GBl. I S. 27.

³⁰⁶ Erklärung der Sowjetregierung über die Beziehungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. März 1954, in *Herbert Krüger-Dieter Rauschnig*, Die Gesamtverfassung Deutschlands, Frankfurt und Berlin, 1962, Dokument 12, I.

³⁰⁷ Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955 (GBl. S. 918), *Krüger-Rauschnig*, aaO., Dokument 12, III.

³⁰⁸ Beschluß der Regierung der Sowjetunion über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955, *Krüger-Rauschnig*, aaO., Dokument 12, V.